



Der Dorfspecht

Nr. 10 | 03.2019

Eine Informationsschrift der BürgerInitiative
„Maring-Noviand: Ein Ort, eine Stimme! e.V.“

www.bi-maring-noviand.de

V.i.S.d.P.: Alfons Meyer | Am Honigberg 29 | 54484 Maring-Noviand



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Entwicklungen rund um das **Interkommunale Gewerbegebiet (IKG)** sind aktuell Hauptgesprächsthema in der Ortsgemeinde. Im Gespräch mit Alfons Meyer (AM) und Dr. Holger Schäfer (HS) führt **Bürgermeisterkandidat Rainer Weinand** die Haltung der Bürgerinitiative Maring-Noviand (BI) aus:

(AM/HS): Auf welcher Grundlage hast du Deine Haltung zum Gewerbegebiet getroffen?



Rainer Weinand: Eine genaue Analyse der Sachlage ist die Grundlage jedweder Entscheidung. Die Planungen der Verbandsgemeinde (VG) wurden von mir von Anfang an kritisch betrachtet (bspw. Naturverbrauch, mögliche Umweltbelastung).

Zugleich ist es wichtig, die Tatsachen zu sehen und die für den Ort optimalen Lösungen zu finden.

- Tatsache ist, dass die Gemeinde keinen Einfluss auf die Ausweisung einer Gewerbefläche im Flächennutzungsplan (FNP) hat. Allein der VG-Rat macht das. Der Beschlusstext der VG-Sitzung vom 13.02.2019 ist auf unserer Homepage nachzulesen.
- Tatsache ist auch, dass die VG keine Angebote für Gewerbeflächen mehr machen kann. So können auch keine Steuereinnahmen generiert werden.
- Tatsache ist, dass nach Gutachten von BGH-Plan (außer Kleinich) nur das Gebiet in unserer Gemarkung in Frage kommt.
- Tatsache ist, dass die VG (hier: Ortstermin mit Leo Wächter) die **Ausweisung als Gewerbegebiet** vorsieht, explizit nicht als Industriegebiet! (VG-Ratsbeschluss – Flächenausweisung mit GE)
- Erst durch den **Bebauungsplan des Gemeinderats entsteht Baurecht**. So wird festgelegt, was und wie gebaut werden darf. Somit liegt die Gestaltung des Gewerbegebiets in der Verantwortung des hiesigen Gemeinderats.

Der Landesentwicklungsplan (LEP IV) vermeidet durch klare Vorgaben Zersiedelung, das wird von mir ausdrücklich unterstützt!

Die Zeiten, in denen hässliche Großhallen nicht nur in Ortsrandlagen, sondern auch mitten in Weinbergen angelegt werden konnten, sollten aus Gründen des Landschaftsschutzes vorbei sein.

(AM/HS): Welche Konsequenzen sind aus dieser Sachlage zu ziehen?

Rainer Weinand: Die BI fasste nach der Mitgliederversammlung und nach dem Austausch mit der VG frühzeitig den Beschluss die Planungen in der Gemeinde wie folgt mitzugestalten (Auszug Beschluss):

- (1) „Die **wirtschaftlichen Bedingungen** gründen auf belastbaren finanziellen Grundlagen und führen zu keiner Mehrbelastung der Ortsgemeinde.
- (2) Die zu **erwartenden Belastungen** (Lautstärke, Verkehr, Geruchs- und Licht-Emissionen, usf.) für die Bürgerinnen und Bürger werden so minimal wie möglich gehalten sowohl im Entstehungsprozess als auch im Betrieb.
- (3) Die zu **erwartenden Auswirkungen** auf die Natur und Umwelt sollen so gering wie möglich gehalten werden.
- (4) Das IKG soll unter ökologischen und energetischen Gesichtspunkten ein **Vorzeigeprojekt moderner, nachhaltiger Gewerbeplanung im Sozialraum** werden.

Perspektive: Unter diesen Gesichtspunkten spricht sich die BI **für den Entwicklungsprozess eines Interkommunalen Gewerbegebiets** aus, um damit die Entwicklung der Ortsgemeinde sowohl unter gewerblich-wirtschaftlichen, als aber auch demografischen, ökologischen, sozialen, kulturellen Gesichtspunkten konstruktiv mitgestalten zu können.“

Diese Haltung wird von mir voll und ganz getragen. Hierzu weitere Überlegungen:

- Selbst diese Größenordnung der bebauten Flächen von max. 50 ha könnte m. E. über den Bebauungsplan beeinflusst werden.
- Es handelt sich sicherlich um einen über Jahrzehnte sich entwickelnden Prozess, der von der Gemeinde stets kritisch zu begleiten und auszugestalten ist.

Schließlich gilt es noch einen weiteren solidarischen Gedanken zu berücksichtigen: Wenn der VG als einzige Fläche für ein IKG nur das Gelände auf unserer Gemarkung zur Verfügung steht, dann empfinde ich es auch aus Gründen der Solidarität gegenüber allen, am Gewebesteuertropf der VG hängenden Gemeinden, als geboten, diesen Entwicklungen positiv gegenüber zu stehen.

(AM/HS): Wie begegnen wir Anfragen übergeordneter Stellen, die plötzlich doch die Ansiedlung eines Industriebetriebes einfordern?

Rainer Weinand: Hier haben auch keine übergeordnete Stellen etwas zu sagen, wenn der Gemeinderat dies nicht beschließt. Es wird also Sache der Wählerinnen und Wähler sein, am 26.5.2019 nur Personen in den Gemeinderat zu wählen, die sich frei von verwandtschaftlichen Verpflichtungen und eigenen wirtschaftlichen Interessen ausschließlich am Wohle der Gemeinde orientieren. Dafür stehen nicht nur unsere Listenmitglieder, sondern alle Mitglieder der BI.

(AM/HS): Wie können wir nun die Einbindung des IKG in das Landschaftsbild gestalten?

Rainer Weinand: Nach den mir vorliegenden Informationen müsste es die Möglichkeit geben, an der geplanten Größe des IKG moderate Abstriche zu machen. Das strebe ich an. Zudem kann man in einem Bebauungsplan eine Vielzahl von Auflagen festlegen, die Beeinträchtigungen erheblich minimieren, wie bspw.

- Dachbegrünungen als Standard festlegen;
- eigene Energiegewinnung z. B. Photovoltaikanlagen (PV) auf Freiflächen;
- vollständiges Versickern des Oberflächenwassers auf dem Gelände;
- Modellieren der Grenzen zur L 47 mit Erdwall, Bäumen und Grünanlagen;
- Anlegen von Biotopen/ natürlicher Sichtschutz.

(AM/HS): Die Begleitung eines solchen Verfahrens bedingt doch eine große Menge Sachkenntnis auch von wirtschaftlichen Aspekten. Traust du dir das zu?

Rainer Weinand: Ich will nicht als Alleinunterhalter auftreten, sondern mit einer kompetenten Mannschaft die vor uns liegenden Aufgaben meistern. Wir haben in unserer Gemeinderatsliste Kandidatinnen und Kandidaten, die sich mit Ihrem Fachwissen und Ihren Fähigkeiten zutrauen, konstruktiv dieses Projekt für unsere Bevölkerung sach- und fachkundig zu begleiten.

Dort wo unsere Kenntnisse nicht ausreichen, muss man sich des außenstehenden Sachverständigen und der Expertise von Fachleuten bedienen.

Damit auch all das, was heute planerisch und im Wege von Auflagen und Umweltschutzbestimmungen berücksichtigt werden muss, umgesetzt wird, haben wir uns bereits mit einem Institut und einer Fachuniversität in Verbindung gesetzt. Sie haben auf der Grundlage aktueller Forschung Erfahrungen in der Planung von ökologisch und energetisch vorbildlichen Gewerbegebieten.

Wir sind guter Hoffnung, dass das geplante Gewerbegebiet in unserer Gemarkung ein Vorzeigeprojekt werden kann, das umweltverträglich Arbeitsplätze schafft und so auch in Zukunft zu einem attraktiven Wohnstandort Maring-Nowiand beiträgt.

Arbeitsplätze und Gewerbe schaffen mehr Einwohner und generieren Steuereinnahmen. Ich sehe in dem geplanten IKG für unsere Gemeinde die einmalige Gelegenheit, eine spürbare, dauerhafte Verbesserung der Gemeindefinanzen zu erreichen. Eine solche Chance werden wir in absehbarer Zukunft nicht noch einmal bekommen.

Damit können bestehende Unternehmen, KITA und Schule am Ort erhalten und gemeindliche Planungen weiter entwickelt werden.

Wo die Einwohnerzahl steigt, wird es auch für kleineres Dienstleistungsgewerbe oder z. B. Ärzte mehr und mehr interessant sich niederzulassen.

Ich bin guter Hoffnung, damit unseren Ort auch für ältere Menschen attraktiv zu halten. Das sind Perspektiven, für die es lohnt, sich zu engagieren.

Ganz entscheidend ist für mich, dass wir nur gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger lösen können. Ich wünsche mir, mit allen Verantwortlichen im Gemeinderat konstruktiv und vertrauensvoll die Zukunft unserer Gemeinde zu gestalten.

(AM/HS): Rainer, wir danken dir für dieses Gespräch!

Das Gespräch mit dem Bürgermeisterkandidaten Rainer Weinand führten Alfons Meyer und Dr. Holger Schäfer im März 2019.

